

Kandidatur Graubünden 2022

Die Bündner Regierung wollte die Grundsatzfrage zu Olympischen Winterspielen (OWS) «St. Moritz 2022» als Kantonsabstimmung durchführen, die Gemeindebehörden in St. Moritz und Davos taten dies zusätzlich als Kommunalabstimmungen. Das geplante Budget wurde vom Bund bestätigt: für die Kandidatur 60 Millionen Franken, die Durchführung 2,8 Milliarden und für Infrastrukturen 1,6 Milliarden. Bund und Kanton hätten daran zusammen mindestens 1'345 Millionen Franken bezahlen sollen. Am 3. März 2013 lehnte die Bündner Stimmbevölkerung mit 53 Prozent eine Beteiligung an OWS im 2022 ab.

Finanziert durch öffentliche Hand

Der Grosse Rat hat die Grundsatzfrage mit einem Kreditbegehren über 300 Millionen Franken aus dem Kantonsvermögen als OWS-Beitrag verbunden. Da es um die Änderung des kantonalen Haushaltgesetzes ging, war der Wille des Volkes rechtsverbindlich. Zudem hatte Bundespräsident Ueli Maurer, zusammen mit den Olympia-Drahtziehern und der Bündner Regierung, versprochen, bei einem «Nein» werde der Stecker gezogen. Bei einem «Ja» wäre die Botschaft des Bundesrates mit dem Begehren einer Defizitübernahme von maximal einer Milliarde Franken in der Sommersession des schweizerischen Parlaments zur Diskussion gestanden.

Kein Entkommen aus den «Knebelungsverträgen»

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) schreibt in den Reglementen vor, dass die Verpflichtungen im Voraus durch den Bundesrat unterschrieben werden müssen. Wäre St. Moritz 2022 anschliessend Kandidatur-City geworden, hätte ein verbindliches Kandidatordossier erarbeitet werden müssen. Bei einem Zuschlag für die OWS 2022 wäre am gleichen Tag der Host-City-Vertrag unterschrieben worden, der alle Rechte des IOC und alle Pflichten der Austragungsorte festschreibt. Daher wird dieser Vertrag seit der Analyse aus Salzburg 2014 und Gutachten zu München 2018 als «sittenwidriger Knebelungsvertrag» gehandelt.

Siehe <http://www.olympia-nein.ch/go/ioc/index.php>

Ja-Walze konnte nichts ausrichten

Die Gegenkampagne hat den Widerwillen gegen das IOC und dem Gigaevent bewirtschaftet. Diese Ablehnung war im Stimmvolk bereits angelegt, wie die Ablehnung im Jahr 2002 gegen «Bern 2010» mit 70 Prozent Nein-Stimmen belegt. Die drei Hauptbotschaften «zu gross, zu teuer, fremdbestimmt» konnten trotz kleinem Kampagnenbudget über die kantonalen und schweizerischen Medien dem Stimmvolk näher gebracht werden. Die intensive, millionenschwere Ja-Kampagne mit über 150 Veranstaltungen in ganz Graubünden und Verlockungen von Sportdirektor Gian Gilli, Regierungsrat Peter Trachsel und Bundesrat Ueli Maurer konnte den hohen Nein-Anteil zwar schwächen, aber die kritische Stimmung nicht kippen. Die Ja-Walze hat sich ins Gegenteil verkehrt, es entstand ein «Overkill», worüber sich auch Medienschaffende und Leserbriefschreibende beschwerten. Schweizweit gab es in allen Parteien Widerstand von prominenten Politikerinnen und

Politikern. Hätte es noch länger gedauert bis zur Abstimmung, hätte sich der Nein-Anteil wieder erhöht, weil zu viele Fragen vor allem zur Finanzierung offen waren. Das Feindbild gegen das IOC und dessen Knebelungsverträge hat sich, wie später auch in Bayern, durchgesetzt.

Siehe <http://www.olympia-nein.ch/go/aktuelles/meldungen/0zu4.php>

Es ist Zeit für Olympiafreie Alpen

Mit den geltenden Reglementen und Vertragsbedingungen des IOC ist es nicht mehr verantwortbar, Olympische Winterspiele in den Alpen durchzuführen. Zu teuer und überdimensioniert ist solch ein einmaliger Event. Man kann nach Abstimmungen in Bayern, Wien und Graubünden im Jahr 2013 feststellen, dass Olympiakandidaturen im demokratischen Alpenraum nicht mehr getragen werden. Es gibt einen starken Anti-Olympia-Konsens von den ländlichen Gebieten bis zu den urbanen Zentren. Die Gründe sind vielfältig – von der Angst vor Gigantismus und Umweltschäden bis zu einem massiven Misstrauen gegenüber dem IOC. Zumindest innerhalb des europäischen Alpenraumes kristallisiert sich der gemeinsame Volks-Wille heraus für «Olympiafreie Alpen».

Zum Autor:

Stefan Grass, lebt und arbeitet in Chur, ist Leiter des Komitees Olympiakritisches Graubünden, leitete den Widerstand gegen die OWS-Kandidaturen Davos 2010, Zürich 2014 und St. Moritz 2022. Er war von 2001 bis 2008 Vertreter des VCS Schweiz in der CIPRA Schweiz, von 2004-08 dessen Vizepräsident. Er ist Zentralvorstandsmitglied des Verkehrs-Club der Schweiz und Präsident des VCS Graubünden. Er ist Vorstandsmitglied der Alpen-Initiative und Sekretär der Vereinigung Bündner Umweltorganisationen.

Kontakt: stefangrass@vcs-gr.ch

Weiterführende Links:

Argumente Grundsätzlich: Vom Wunschtraum zum Alptraum !

<http://www.olympia-nein.ch/go/argumente/index.php>

Wunsch und Wirklichkeit: Von der Kandidatenkür zum IOC-Diktat

<http://www.olympia-nein.ch/go/argumente/wunsch-oder-wirklichkeit.php>

International Olympic Committee: The winner takes it all. The winner is the IOC !

<http://www.olympia-nein.ch/go/ioc/index.php>

Medieninformationen: Wie geht der Olympia-Widerstand weiter?

<http://www.olympia-nein.ch/go/organisation/medieninformation.php>